

Anrede,

es ist eine schöne Tradition, sich zu Beginn eines neuen Jahres zu versammeln um Rückschau zu halten auf das, was war und Ausschau auf das, was kommen wird.

Und 2006 war ein spannendes Jahr. Es war das erste volle Regierungsjahr der großen Koalition. Die Menschen hatten große Erwartungen in diese neue Regierung. Und alle waren sich einig: Deutschland braucht dringend Reformen.

Die Bundeskanzlerin sprach sogar von einem Sanierungsfall. Und, meine Damen und Herren, aus der Luft gegriffen ist dieses Bild nicht.

Deutschland gelingt es seit Jahren nicht, bei einem weltweiten Wachstum von durchschnittlich 5 % angemessen zu profitieren. Wir dümpeln zwischen 1 und 2 Prozent Wachstum herum. Unser Land hängt voll und ganz am Export. Die Binnennachfrage liegt am Boden. Vielen jungen Menschen fehlt die Perspektive auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Und jeder von uns spürt es in seinem Umfeld: die Ängste der Menschen, vor sozialem Abstieg nehmen zu und werden immer konkreter. Sie haben längst den Mittelstand erreicht. Vieles was selbstverständlich war, ist heute in Frage gestellt.

Und wenn ich das so sage, hat es nichts mit Schwarzmalerei zu tun. Im Gegenteil: wer die Dinge verändern möchte, muss sie klar beschreiben und muss deutlich aussprechen, wie die Lage ist.

Nehmen wir den Arbeitsmarkt: Wir haben in den letzten Jahren 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bundesweit verloren. Und wenn wir in den letzten Monaten 90.000 wieder hinzugewonnen haben, ist das erfreulich. Es

bleibt aber unterm Strich doch eine sehr nüchterne Bilanz. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen werden gefeiert. Und sie sind in der Tat besser als vor einem Jahr. Aber seien wir doch realistisch: Wer hätte vor ein paar Jahren gedacht, dass wir uns in Deutschland einmal darüber freuen, dass wir nur vier Millionen Arbeitslose haben.

Und wenn man sich die Zahlen genauer betrachtet, sind sie auch alles andere als beruhigend. Wir haben heute 600.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr - in der Statistik. Alleine 300.000 davon sind heute in Ein-Euro-Jobs, die in den seltensten Fällen zu einem dauerhaften Arbeitsplatz führen. Viele der übrigen 300.000 sind aus der Statistik gestrichen worden, weil sie im Fachjargon dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, also nicht vermittelt und nicht betreut werden wollen. Und das größte Problem ist weiterhin ungelöst: Die Langzeitarbeitslosen kommen nicht aus der Warteschleife heraus. Ihre Zahl ist sogar weiter angestiegen.

Anrede,  
keiner will unser Land schlecht reden. Aber Tatsache ist: Deutschland steht nach 5 Jahren weltweiten Rekordwachstums unterm Strich schlechter da als vorher. Und wenn man dazu noch bedenkt, dass das günstige Wetter zu einem großen Teil für die besseren Arbeitsmarktzahlen verantwortlich ist, gibt es nicht den geringsten Grund für die Politik, die Hände in den Schoß zu legen.

In einer solchen Situation sind politische Entscheidungen gefragt. Und wir waren doch alle mehr als überrascht, als die Kanzlerin gleich zu Beginn ihrer Amtszeit erklärt hat, sie werde Gerhard Schröders Politik der ruhigen Hand durch eine Politik der kleinen Schritte ersetzen.

Das ist doch etwa so, wie wenn ein 1000-Meter-Läufer merkt, er fällt hinter seine Konkurrenten zurück und beschließt das Problem erst einmal langsam anzugehen.

Und wenn andere den Jahreswechsel genutzt haben, um der Nation zu erklären, jetzt sei erst einmal Zeit für eine Reformpause, beschreibt das ganz gut, in welchem Zustand sich die Politik befindet.

Anrede,

es gibt in Wahrheit nicht den geringsten Grund, auf die Reformbremse zu treten. Und es ist auch nicht richtig, dass die Menschen in Deutschland nicht bereit sind, weitere Reformen mit zu tragen.

Es fehlt weiterhin eine Rentenreform, eine Gesundheitsreform, eine Arbeitsmarktreform, eine Reform der Pflegeversicherung und eine Steuerreform. In all diesen elementaren Bereichen sind wir keinen nennenswerten Schritt weiter gekommen.

Bekommen haben wir 2006 dafür Anderes. Wir haben höhere Mehrwertsteuern und höhere Versicherungssteuern, der Sparerfreibetrag wurde halbiert, die Pendlerpauschale nahezu gestrichen, die Eigenheimzulage abgeschafft und so weiter.

Anrede,

im vergangenen Jahr wurden die größten Steuererhöhungen in der Geschichte unseres Landes beschlossen. Und die treffen uns nicht einmalig im Jahr 2007 besonders hart. Ab 2010 steigt die Summe unserer jährlichen Mehrbelastungen auf nahezu 40 Mrd. Euro an.

Anrede,

dabei ist die Rechnung ganz einfach: jeder Euro, den wir zusätzlich an den Staat abführen, steht nicht mehr für die Binnennachfrage zur Verfügung. Wenn wir jährlich 40 Mrd.

mehr abführen, kann für 40 Mrd. nicht gekauft werden. Dann muss für 40 Mrd. nicht produziert werden und die Konsequenz davon ist, dass man die Menschen nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz benötigt, die die Dinge bisher hergestellt haben.

Steuererhöhungen stärken den Staat nicht. Sie schwächen seine Bürger. Und ein Staat kann nicht stark sein, wenn seine Bürger schwach sind.

Und der Staat verfügt nicht nur über Rekordeinnahmen. Er gibt auch Rekordsummen aus. Noch nie waren die Ausgaben im Bundeshaushalt größer als heute. Und gleichzeitig rufen Teile unserer Gesellschaft nach einem stärkeren Staat.

Die Sozialausgaben waren 2006 auf Rekordniveau. Aber der Sozialstaat wurde nicht etwa bejubelt. Noch mehr fordern manche und sehen nicht, dass in den letzten Jahren kontinuierlich steigende Einnahmen des Staates das genaue Gegenteil von mehr sozialer Sicherheit für unsere Gesellschaft gebracht haben. Ja es kommt noch schlimmer: immer öfter wird sogar die Marktwirtschaft für diesen Zustand kritisiert. Und viele Politiker reden den Menschen solche Dinge ein!

Anrede,  
das passt nicht zusammen. In Deutschland ist etwas aus dem Lot geraten.

Und die Politik darf sich nichts vormachen. Die Menschen spüren sehr genau, wie sich die Dinge verändern. Da hilft alles Schönreden nichts: Die Kluft zwischen Politik und Wählern war in der Bundesrepublik Deutschland noch nie so tief wie am Ende des vergangenen Jahres. Was die Meinungsforscher zum Jahreswechsel diagnostiziert haben, ist kein Beinbruch mehr, es ist Knochenfraß.

Nur noch 5 % der Menschen in Deutschland glauben, dass sie Politik durch Wahlen „in starkem Maße“ mitbestimmen können. In Ostdeutschland sind 90 % der Meinung, die Politik orientiere

sich nicht mehr an den Interessen des Volkes. Über die Hälfte der Menschen glauben, man könne durch seine Wahlentscheidung keinerlei Einfluss auf die Politik ausüben.

Anrede, wenn man diese Zahlen analysiert muss man zu dem Schluss kommen, dass unsere repräsentative Demokratie in der Wahrnehmung des Volkes nicht mehr funktioniert. Und meine Damen und Herren: mit einem „*Das wird schon wieder*“ kriegen wir dieses Problem nicht gelöst. Was wir brauchen ist wieder mehr Glaubwürdigkeit in der Politik. Wir brauchen einen gemeinsamen Nenner. Wir brauchen Lösungen, damit die Menschen wieder Vertrauen in unser System zurückgewinnen.

Wir haben es bei der Fußballweltmeisterschaft erlebt und wir erleben es auch bei vielen öffentlichen Veranstaltungen: Deutschland hat sich verändert. Es werden schwarz-rot-goldene Flaggen geschwenkt, die Menschen empfinden Freude über ihr Land und ihre Kultur. Ich war in diesem Jahr schon auf Neujahrsempfängen, auf denen gesungen wurde. Lieder wie „Die Gedanken sind frei“ oder auch die Nationalhymne wurden angestimmt. Und nicht zuletzt, was mich als Winzer ganz besonders freut: die Deutschen entdecken ihren Riesling wieder. In allen Bereichen kann man beobachten: nach Jahrzehnten hat sich ein Land wieder gefunden.

Das ist etwas Wunderbares. Nur: die Kluft zwischen Bürgern und Politik darf dabei nicht größer werden. Diese neue Beziehung der Deutschen zu ihrem Land müssen wir im positiven Sinne nutzen. Wir müssen erreichen, dass die Menschen sagen: das sind wir. Das ist unsere freiheitliche Demokratie. Unser Rechtsstaat. Und unsere soziale Marktwirtschaft. Darauf sind wir stolz. Dafür wollen wir uns einsetzen. Hier wollen wir uns einbringen, mit all unseren Fähigkeiten.

Anrede,

Deutschland hat 2007 alle Chancen. Die weltweite wirtschaftliche Entwicklung wird sich nach den Prognosen zwar nach 5 fetten Jahren etwas abschwächen. Aber das ist noch lange kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Unser Land hat in der Vergangenheit Großartiges geleistet. Wir haben uns zu einer weltoffenen Gesellschaft entwickelt, die wie kaum eine andere von weltweiten Handelsbeziehungen profitiert. Und wenn man sich das Ehrenamt betrachtet: es ist etwas Wunderbares, mit welchem Eifer und welcher Begeisterung Bürgerinnen und Bürger sich bei uns engagieren. Auch hier im Raum sind sicherlich unzählige Helferinnen und Helfer...

2007 kann ein Jahr des Aufbruchs werden. Wir müssen nur erkennen, wo unsere Fehler der Vergangenheit liegen. Und dazu gehört auch, dass wir uns offen eingestehen, dass wir es mit Überregulierung und staatlichen Eingriffen in nahezu allen Bereich übertrieben haben.

Was Deutschland braucht, ist ein neuer Geist der Freiheit. Unser Land leidet nicht an zu viel sozialer Marktwirtschaft. Wir leiden darunter, dass wir inzwischen zu wenig Markt und zu viel Regulierung haben.

Was unserem Land fehlt, ist eine klare Analyse des Ist-Zustandes. Weite Teile der Politik machen den Menschen immer noch vor, wir müssten auf globale Märkte mit nationalen Alleingängen reagieren. Das ist ein Irrweg, meine Damen und Herren. Das Gegenteil ist richtig. Wir müssen die Globalisierung mitgestalten.

Das heißt nicht, dass wir die Spielregeln der anderen 1:1 akzeptieren müssen. Umgekehrt heißt das aber auch nicht, dass wir erwarten können, dass die anderen unsere Spielregeln 1:1 übernehmen.

Die Globalisierung bringt weltweit auch viel Gerechtigkeit. Manche Länder haben sich von Entwicklungsländern zu

Industrienationen entwickelt. Das sind durchaus erfreuliche Entwicklungen. Und wenn auf uns dadurch ein höherer Wettbewerbsdruck zukommt, ist das noch lange kein Grund zu verzweifeln.

Der höchste Repräsentant des Benediktinerordens, Abtprimas Notker Wolf, schreibt in seinem Buch „Worauf warten wir?“:

„Der Betreuungsstaat sozialdemokratischer Prägung ist bereits am Ende. Die Politik kann uns nicht mehr die Privilegien garantieren, die wir, verglichen mit dem Rest der Welt, bisher genossen haben. Und ich halte es nur für fair, den anderen die gleichen Chancen im weltweiten Wettbewerb einzuräumen wie uns selbst. [...] Worauf warten wir also noch? Darauf, dass es wieder so schön wie früher wird? Dass wir aufwachen, und die Globalisierung war nur ein hässlicher Spuk? Dass die Welt sich doch noch nach unseren Wunschträumen fügt? Glauben wir immer noch, mit den alten Rezepten gegen die neue Wirklichkeit Recht behalten zu können? [...] Ich habe erlebt, dass das Unvorstellbare in greifbare Nähe rückt, wenn man aus dem Bewusstsein seiner persönlichen Freiheit heraus ein Gefühl dafür entwickelt, wie weit die eigene Kraft reicht und was alles im Bereich des Möglichen liegt.“

Anrede,  
damit ist im Grunde genommen alles gesagt.

Auch die Aufgaben der Politik sind damit beschrieben. Die wichtigste heißt: Deutschland muss sich wieder auf seine eigene Kraft besinnen, um international wettbewerbsfähig zu werden. Und wenn ich sage Deutschland, dann meine ich ausdrücklich nicht den Staat, auf den alle immer ebenso hoffnungsvoll wie vergeblich blicken, sondern ich meine die Gesellschaft, jeden Einzelnen von uns, mit seinen individuellen Fähigkeiten, seinen persönlichen Vorstellungen. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass all diese individuellen Fähigkeiten der Deutschen sich wieder entfalten können. Und das bedeutet konkret: der Staat muss sich endlich zurück

nehmen. Es falsch ist, die Freiheit des Einzelnen immer mehr an einen aufgeblähten Staat abzugeben, der alles andere als flexibel und schnell ist, wenn es darum geht, sich den rasanten Veränderungen anzupassen. Die erfolgreichsten Volkswirtschaften sind heute diejenigen, die mit einem schlanken Staat und mit starken Bürgerinnen und Bürgern.

Nehmen Sie unser Nachbarland Österreich. 5.700 deutsche Unternehmen haben in den letzten Jahren ihren Sitz dorthin verlagert.

Der Grund dafür ist ganz einfach. Der frühere Finanzminister Grasser hat es mit klaren Worten auf den Punkt gebracht. Er sagt: „Das deutsche Steuerrecht ist hervorragend. Österreich profitiert enorm“.

Und in der Tat: das deutsche Steuerrecht ist international nicht wettbewerbsfähig. Wir haben einen Kapitalabfluss in Milliardenhöhe und leisten uns eine weltweit einmalige Steuerbürokratie mit zum Teil Rekordsteuersätzen. Die letzten öffentlichen Zahlen zur Kapitalflucht aus Deutschland stammen aus 2005. Alleine in den Monaten Januar bis März 2005 haben nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank über 150 Milliarden Euro Deutschland verlassen.

Anrede,  
das war genau zu der Zeit, als wir über die Einführung der verdeckten Kontoabfragen durch die Finanzbehörden diskutiert haben. Und wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Staat durch die Abschaffung des Bankgeheimnisses keinerlei nennenswerte Mehreinnahmen erreicht hat, wird einem schnell klar, welche Fehler wir in Deutschland machen. Wir stärken unentwegt den Staat und schwächen damit unsere gesamte Gesellschaft!

Höhere Steuern bedeuten nicht mehr soziale Sicherheit. Mehr staatliche Eingriffsbefugnisse bedeuten nicht, dass der Standort attraktiver wird. Und diese Reihe kann man beliebig fortsetzen.

Unser Land braucht deshalb einen Ruck. Wir müssen mehr Freiheit wagen, müssen die Chancen der Freiheit nutzen und endlich aufhören für alles und jedes eine staatliche Lösung zu suchen. Die Deutschen müssen wieder leisten dürfen, was sie leisten können.

Trotz Rekordeinnahmen und historisch nie da gewesenen Steuererhöhungen zieht sich der Staat immer mehr aus der sozialen Absicherung der Bürgerinnen und Bürger zurück. Die Haushaltslage lässt kaum eine andere Wahl.

Die Menschen können das aber nur akzeptieren, wenn ihnen der Staat die Mittel gibt, selbst vorzusorgen. Alles andere wird zu Recht als unfair empfunden. Deshalb brauchen wir niedrigere Steuern und endlich weniger Regulierung, damit nicht nur neue Belastungen entstehen, sondern auch Entlastungen kommen. Und damit neue Chancen entstehen, die die Menschen für sich nutzen können.

Wir müssen die Chancen der Freiheit nutzen und umfassend Bürokratie abbauen. Wir müssen die Kräfte der Wirtschaft entfesseln. Deutschland kann mehr. Man muss die Deutschen nur lassen.

Ich wünsche uns ein Jahr 2007, in dem wir uns auf die Stärken unseres Landes zurück besinnen. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit der sozialen Marktwirtschaft zu einem blühenden Land geworden. Wir haben ein Wirtschaftswunder erlebt und unsere Demokratie hat sich mit der Marktwirtschaft hervorragend entwickelt.

Was wir erreicht haben ist uns aber nicht auf ewig geschenkt. Auch im neuen Jahr ist es unsere Aufgabe, als Gesellschaft die Grundlagen unseres Staates zu verteidigen. Dazu gehört unsere freiheitliche Verfassung, die untrennbar mit der Marktwirtschaft verbunden ist.

Ich wünsche uns deshalb für das Jahr 2007 eine Rückbesinnung auf die positiven Kräfte der sozialen Marktwirtschaft. Ich wünsche uns eine Stärkung des Vertrauens in unsere Verfassung, deren Freiheitsrechte von alles überragendem Wert sind. Sie zu verteidigen wird auch im neuen Jahr unsere ständige Aufgabe sein.

Glück auf!

PS: Es gilt das gesprochene Wort.